

„Stoppt den Bauwahnsinn der Stadt Oberursel“ lautet die Forderung der ansässigen Bürger rund um den alten Ortskern in Stierstadt.

Die Parteiprogramme und Aussagen zur Kommunalwahl hinterlassen bei den Bürgern große Fragezeichen. Es wird von Transparenz gesprochen, bezahlbarem Wohnraum, einer ausgewogenen Verkehrspolitik und Naturschutz. Davon spürt der Süden Stierstadts, insbesondere im Bereich der Gartenstraße, Stierstadter Straße untere Taunusstraße und Steinbacher Straße, jedoch nichts.

Für die Bebauung des Borngrunds galt die Öffnung des Seedammwegs als Voraussetzung. Heute wird über die damalige Entscheidung geschwiegen. „Ist das transparent?“, fragen sich die Anwohner. Zudem wurde damals postuliert, dass Wohnraum für Einwohner geschaffen werden soll. Stattdessen wurden Preise in Höhen getrieben, dass fast keiner mehr aus Stierstadt oder Oberursel sich die Grundstücke leisten und damit tatsächlich bauen konnte. „Ist das bezahlbarer Wohnraum?“, fragt man sich erneut.

Es kommt das Gefühl auf, dass hier keine Politik für die Bürger betrieben wird. Alteingesessene Anwohner fühlen sich vergessen. Zudem wird mit zweierlei Maß gemessen: auf der einen Seite spricht man von schützenswerten Naherholungsgebieten, sicheren Schulwegen und, dass neue Straßen neuen Verkehr anziehen würden. Auf der anderen Seite möchte man Grünflächen mit Ökosystemen zubauen, Schulwege zerstören und Straßen in Bezirken ausbauen, in denen die Belastung bereits die Schmerzgrenze der Anwohner überschritten hat. Auch über die Hauptachse für Fahrradfahrer in der Verbindung Steinbach-Stierstadt-Oberursel, deren Wichtigkeit bereits in der Stadtentwicklung STEP 2030 Erwähnung fand, wird inzwischen von der Politik plötzlich nicht mehr als Thema aufgegriffen.

Bebauungen werden vorangetrieben, während die dazugehörigen Verkehrskonzepte über den Haufen geworfen oder gar nicht erst entwickelt werden – Stichwort „Borngrund“ und „Bebauung des alten Grundschulgeländes in der Römerstraße“. Letzteres wird begründet als Notwendigkeit zur Refinanzierung der Schulbaumaßnahmen und sei eine Sache des Kreises. Dabei ist die Änderung des Bebauungsplanes auf dem Schulgelände Angelegenheit der Oberurseler Politik. Auch weitere Bebauungen wie Friedhoferwartungsgelände oder Holzhöhlchen liegen in deren Verantwortung. „Auch diese Gebiete sind schützenswert“, so die Anwohner.

Es wurde von den Parteien behauptet, dass die weiteren Bautätigkeiten in der Stadt zu reduzieren seien. Der Süden Stierstadts merkt davon erneut nichts.

Man verhakt sich in Diskussionen über die Verkehrspolitik, aber das eigentliche Problem einer Baupolitik ohne Rücksicht auf Bürger und deren Bedarfe wird außeracht gelassen. Parteien positionieren sich mit Teillösungen, wie dem Durchstich „Römerstraße – Steinbacher Straße“ die ultimative Antwort gefunden zu haben. Doch letztlich schaufeln sie nur ein Millionengrab für Steuergelder und lösen nicht das grundlegende Problem. Dieser Weg ist einer der wenigen, die von Schulkindern und Fußgängern noch ungefährdet genutzt werden können. Zudem misst dieser zwischen Friedhof und denkmalgeschützter Kirchenmauer gerade einmal rund 4 Meter Breite und soll als Fahrbahn für Gelenkbusse sowie für Fahrrad- und Fußgängerwege dienen. Eine Variante, die selbst die

Verkehrsgutachter als nicht sinnvoll erachtet haben!

Andere Parteien wiederum begeben sich gar nicht erst auf die Suche nach einer Lösung, sondern lehnen eine ergebnisoffene Prüfung von Optionen einfach kategorisch ab.

Die Lebensqualität und Sicherheit der seit langem dort lebenden Bürger findet in den Planungen keinerlei Berücksichtigung. Der Bauboom mit der Konsequenz von steigendem Verkehrslärm und Emissionen durch Lkw, Busse und Pkw, sind für die Anwohner mittlerweile eine Zumutung und führen nicht nur zur Überlastung der vorhandenen Verkehrswege, sondern lassen die betroffenen Bürger enttäuscht und verärgert zurück.

Ohne ein stimmiges Verkehrskonzept ist eine weitere Bebauung im Süden Stierstadts nicht mehr hinnehmbar und die zu erwartende zusätzliche Belastung der Straßen im Ortskern wird von den Anwohnern nicht mehr akzeptiert. Mit den vorhandenen, über Jahre hinweg tolerierten Verkehrsströmen zu Schulen, Sport- und Freizeitanlagen und bereits umgesetzten Baugebieten – was in Summe eine Belastung nicht nur zu Stoßzeiten, sondern auch am Wochenende und abends darstellt – ist das Maß voll.

Ein Konzept für eine sinnvolle und wirksame Entlastung der bereits heute vom Verkehr geplagten Bürger ist nicht in Sicht, weshalb sie eine weitere Bebauung als eine absolute Zumutung empfinden. Daher fordern die Anwohner den Bauwahnsinn der Stadt Oberursel zu stoppen! Die Politik muss auch die Interessen und die Lebensqualität der bereits ansässigen Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen!

Die Anwohner möchten sich gehör verschaffen, informieren und einen Beitrag zu zukunftsorientierten Lösungen leisten, sodass sie in Kürze unter www.verkehr-stierstadt.de weitere Informationen zur Verfügung stellen werden.

